

Von: "Sigmund.gmail" <sigraf20@gmail.com>
Betreff: Vernehmlassung Notrecht - dringendes Bundesgesetz
Datum: 7. Juli 2020 um 22:37:02 MESZ

Liebe*r Bundesrät*innen, liebe Parlamentarier*innen unseres schönen Landes

Viele Menschen sind tief besorgt über das, was politische Entscheidungsträger unter Verbreitung von Angst und Schrecken anrichten. Beschneidung unserer Grundrechte, Einschränkungen der individuellen Entscheidungshoheit über Gesundheit und Krankheit, sozialen Begegnungen, freien Meinungsäusserung, des Aufenthaltes im öffentlichen Raum, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens, sie sind zur neuen Normalität geworden.

Und was kommt noch?

Der Bundesrat hat die ausserordentliche Lage aufgehoben, weil die getroffenen Massnahme ungleich mehr Schäden anrichteten als das Virus, welches damit bekämpft werden sollte. Der Bundesrat beantragt die Umwandlung des Notrechtes in „dringliches“ Bundesrecht unter Verkürzung der Vernehmlassungsfrist von 3 Monaten auf 3 Wochen (bis 10. Juli).

Was erreicht er damit?

Der Bundesrat umgeht damit demokratische Kontrollen per Verordnung und kann weiterhin unser Leben bis in höchstpersönliche Angelegenheiten bestimmen. Damit wird er zukünftig die Zulassungsprüfungen für Medikamente und Impfstoffe durch die Swissmedic umgehen und einen Impfzwang erlassen können. Die Umwandlung des Notrechts in „dringliches“ Bundesrecht ist unnötig und verlängert das Zwangsregime mindestens weitere zwei Jahre. Ein Referendum dagegen hätte keine aufschiebende Wirkung, weil „dringlich“. Nach dem 2. Weltkrieg brauchte es sieben Volksinitiativen und sieben Jahre, bis das Notrecht aufgehoben wurde.

Stattdessen soll eine Kommission eingesetzt werden, welche die Verhältnis- und Zweckmässigkeit der Verordnungen untersucht.

Weiter sollte sich eine Ethikkommission und das Volk damit befassen, welche gesellschaftlichen Werte wie gewichtet werden. Lebenserhalt um jeden Preis versus Lebensqualität? Was sind die für uns und die Erde relevanten Themen der Gegenwart und Zukunft?

Darüber muss eine breite gesellschaftliche Diskussion stattfinden und daraus Handlungsleitsätze abgeleitet werden!

Sonst wird zukünftig bei jeder Grippewelle eine ausserordentliche Lage erlassen und per Verordnung über unser individuelles und gesellschaftliches Leben bestimmt.

Daher trete ich mit aller Entschiedenheit für eine Rückweisung des bundesrätlichen Antrages und dessen Dringlichkeit ein.

Freundliche Grüsse

Sigmund Graf
Brunnenbergstr. 7
9000 St. Gallen